



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 53. Ratssitzung vom 28. Juni 2023

1976. 2023/138

**Weisung vom 22.03.2023:
Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2022, Genehmigung**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2022 (Beilage) wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsmehrheit:

Martina Zürcher (FDP): Als Mehrheitssprecherin stelle ich Ihnen den Geschäftsbericht 2022 der Stadt Zürich vor, der das Tun und Wirken des Stadtrats und der Stadtverwaltung im Jahr 2022 zusammenfasst. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Geschäftsbericht geprüft, schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Die Referentinnen und Referenten der einzelnen Departemente konnten sich mit dem zuständigen Stadtratsmitglied besprechen. Im Bericht zum Geschäft fassen alle Referentinnen und Referenten einige nennenswerte Aspekte aus dem Geschäftsbericht zusammen. Gemäss Gemeindegesetz müssen alle Gemeinden den Geschäftsbericht bis Juni des Folgejahres beraten und beschliessen. Somit sind wir rechtzeitig. Ich möchte mich im Namen der Kommission bei der Stadtkanzlei für die frühzeitige Zustellung des Geschäftsberichts bedanken, wodurch wir mehr Zeit für die Bearbeitung erhielten. Der vorliegende Geschäftsbericht ist mit 476 Seiten um 20 Seiten umfangreicher als der des Vorjahres, was u.a. den noch nicht abgeschriebenen Postulaten des Gemeinderats geschuldet ist. An dieser Stelle möchte ich den Gemeinderat auffordern, zu verschiedenen Weisungen und Postulaten keine regelmässigen und wiederkehrenden Berichterstattungen zu einem spezifischen Thema zu fordern, da der Stadtrat in dieser Runde über alles berichtet und es möglich ist, einen zusätzlichen Abschnitt einzufordern. Das generiert für alle weniger Aufwand. Die Anzahl gedruckter Exemplare des Geschäftsberichts hat im Jahr 2022 auf 65 Stück abgenommen, da die elektronische Version Vorteile mit sich bringt. Nun werde ich einige Aspekte des Geschäftsberichts erläutern, da es gesellschaftliche Veränderungen gab. In den letzten 5 Jahren ging die durch Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) gesammelte Papiermenge in Tonnen um 24 Prozent zurück, die gesammelte Kartonmenge stieg um 63 Prozent. Darauf reagierte ERZ mit einer Anpassung des Sammelrhythmus. Ein anderes Beispiel zeigt die Veränderung der Verkaufskanäle der Tickets der Verkehrsbetriebe (VBZ). Vom Jahr 2019 auf das Jahr 2022 sanken die Umsätze der Aussenstellen um 38 Prozent, die der Ticketautomaten um 36 Prozent. Es fand eine starke Umlagerung auf die digitalen Kanäle statt. Die Fristeinhaltung der Bearbeitung von Baugesuchen ist «weiterhin auf unbefriedigendem Niveau». Vor jedem Departement ist eine Tabelle mit verschiedenen



Zahlen aufgeführt, das ermöglicht Vergleiche unter den Departementen. So ist zu erkennen, dass die Anzahl Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zwischen dem Jahr 2018 und dem Jahr 2022 in 8 von 9 Departementen stieg, also in allen, ausser dem Sicherheitsdepartement (SID). In 5 Departementen beträgt der Anstieg 5 Prozent, im Durchschnitt über die gesamte Verwaltung hinweg 8 Prozent. Der Personalaufwand erfuhr eine Steigerung von 10 Prozent, was mehr als einer Verdreifachung des Bevölkerungswachstums im gleichen Zeitraum entspricht. Die GPK bemühte sich besonders um die unerledigten Postulate und Berichterstattungen im Geschäftsbericht. Es wurde geprüft, ob es gerechtfertigt ist, dass ein Postulat noch nicht zur Abschreibung beantragt wurde; solche Postulate wurden insbesondere in drei Departementen lokalisiert. Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihren grossen Einsatz und dankt der Stadtschreiberin, dem Stadtrat, dem Rechtskonsulenten und den Departementssekretärinnen und -sekretären für die gute Zusammenarbeit. Die Mehrheit der GPK, die aus den Fraktionen SP, Grüne, GLP und Die Mitte/EVP besteht, empfiehlt die Zustimmung zum Antrag des Stadtrats. Die FDP ist ebenso Teil der Mehrheit, sieht die Dinge aber differenzierter und wird sich in einem separaten Votum dazu äussern.

Kommissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wie Sie gehört haben, werde ich den Minderheitsantrag auf Ablehnung des Geschäftsberichts vertreten. Bei der Ablehnung befassen wir uns nicht mit dem Geschäftsbericht als solchem, sondern beziehen uns auf die Arbeit des Stadtrats – auch die, die nicht im Bericht steht. Die SVP lehnte die Rechnung ab, so ist es naheliegend, dass auch der Geschäftsbericht abgelehnt wird. Die GPK leistete eine grosse Arbeit und es ist ein wichtiger Teil der Berichtsprüfung, viele eingehende Fragen zu stellen und deren Antworten in mehreren Lesungen zu diskutieren. Die Antworten waren teilweise sehr ausführlich, doch bei anderen erfolgte lediglich ein Verweis auf Paragraphen. Die Departemente wurden von mir einzeln betrachtet und beurteilt. Die Allgemeine Verwaltung (AV) leistet sehr gute Arbeit, genauso wie das Schul- und Sportdepartement (SSD). Das Präsidialdepartement (PRD) hat durch die neu eingesetzte Jury eine Spezialstellung. Hier stellt sich die Frage, wie kompetent und neutral diese Jury ist, wenn man bedenkt, dass einige Institutionen leer ausgingen. Der Stadtrat korrigierte einige ihrer Vorschläge, was positiv zu vermerken ist, denn die Jury dient nur zu seiner Beratung. Zum Sicherheitsdepartement (SID) will ich mich wegen der vorherigen Diskussion nicht äussern, doch es leistet sicherlich respektable Arbeit, auch wenn die Prioritäten nicht ideal gesetzt sind. Viele Fragen gab es in Bezug auf das Hochbaudepartement (HBD), da bekanntlich teilweise sehr teuer gebaut wird. Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) liegt ein grosser Problempunkt bei den Velorouten und dadurch schwindenden Parkplätzen. Die Auswirkungen benachteiligen z. B. alleinerziehende Mütter finanziell. Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) ist ein gut geführtes Departement, wobei es bei den VBZ einige Fragezeichen gibt. Der Stadtrat könnte sich für bessere Anschlüsse zwischen den verschiedenen Verbänden und auch bei anderen Institutionen für bessere Bedingungen einsetzen.



Weitere Wortmeldungen:

Maleica Landolt (GLP): *Nach dem kritischen Rundumschlag des Minderheitsreferenten, der sich nicht nur auf den Bericht selbst, sondern auf eigene Interpretationen bezog, stützen wir uns bei unserer Meinungsbildung vollumfänglich auf den vorliegenden Geschäftsbericht. Im GPK-Bericht und im Antrag ist ersichtlich, dass wir den Rechenschaftsbericht genehmigen. Der Geschäftsbericht ist sehr umfangreich und detailliert. Alle Dienstabteilungen haben mit Kennzahlen und über die wichtigsten Schwerpunkte ihrer laufenden und abgeschlossenen Projekte berichtet und diese wo nötig begründet. Auch dieses Jahr stellen wir fest, dass der Tätigkeitsbericht an Umfang gewonnen hat. Mögliche Gründe sind das Bevölkerungs- und Verwaltungswachstum, die steigende, an Komplexität zunehmende Anzahl Projekte oder die ausführlichere Berichterstattung der Departemente. Womöglich spielen alle drei Faktoren zusammen. Der Rechenschaftsbericht hat unseres Erachtens keine Mängel oder wesentlichen Lücken. Es gibt keinen Grund, ihn nicht zu genehmigen. Wir üben durchaus Kritik, bringen diese jedoch in den Kommissionen und laufenden Projekten an, das scheint uns zielführender.*

Angelica Eichenberger (SP): *Ich möchte einen Dank an alle aussprechen, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben. Die dafür nötige Arbeit wird oft unterschätzt. Bereits im September wird geplant, wie wir beim Geschäftsbericht des folgenden Jahres vorgehen wollen, was einer minutiösen Planung mit der Stadtschreiberin entspricht. Die Abläufe sind streng getaktet und die Vorbereitungen für die Fristgerechtigkeit laufen auch an Wochenenden. Ohne unseren GPK-Sekretär Gregor Bucher würde unsere Planung nicht so gut funktionieren. Darum wollen wir als Fraktion unseren Dank aussprechen.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Die Ablehnung der SVP lässt sich so zusammenfassen: «Wir haben die Rechnung abgelehnt, also lehnen wir auch die dazugehörigen Geschäfte ab». Das kann man natürlich und auch die Die Mitte/EVP findet in diesem Geschäftsbericht Projekte, die sie nicht unterstützt. Der Stadtrat setzt aber lediglich um, was der Gemeinderat ihm überwies. Den Geschäftsbericht genehmigen wir selbstverständlich. Die grosse Arbeit hinter diesem Bericht ist uns bewusst. Dass er jedes Jahr dicker wird, liegt sicher auch daran, dass wir hier jeden Mittwoch zusätzliche Aufgaben delegieren und Projekte anstossen. Über diese muss berichtet werden. Einen solchen Bericht zu erstellen, hält die Verwaltung davon ab, ihre eigentlichen Aufgaben zu erledigen. Dennoch sind wir vom Bericht überzeugt und konnten feststellen, dass er gut und informativ geschrieben ist. Er bietet einen guten Überblick über die laufenden Projekte und Arbeiten in der Stadt Zürich. Die Fragen wurden praktisch durchwegs gut und fristgerecht beantwortet. Es zeigte sich: Nach Corona war vor der Ukraine-Krise. Auch letztes Jahr gab es viele Herausforderungen, die grösstenteils gut gemeistert wurden.*

Martina Zürcher (FDP): *Die FDP stimmt dem Geschäftsbericht zu, was nicht heisst, dass wir mit der Stadtratsmehrheit einverstanden sind. Dazu einige Beispiele: In der Ratssitzung vom 31. Mai 2023 in der Debatte zum Postulat GR Nr. 2023/211 forderten wir eine Beschränkung des städtischen Personalwachstums korrespondierend mit dem Bevölkerungswachstum. Der Vorsteher des Finanzdepartements meinte, dass die aktu-*



ellen Zahlen zeigten, dass der allgemeine Haushalt ohne Schul- und Eigenwirtschaftsbetriebe seit dem Jahr 2013 nur um 4 Prozent gewachsen sei. Im Geschäftsbericht ist auf den Seiten 31, 78, 281 oder 419 nachzulesen, dass die durchschnittlichen Vollzeitäquivalente im PRD in den letzten 5 Jahren um 5 Prozent und der Personalaufwand um 10 Prozent gewachsen sind. Im HBD, dem Sozial- (SD) und Finanzdepartement (FD) sind höhere Zahlen vermerkt. Bei diesen vier Departementen, die nichts mit Schule zu tun haben, stiegen die Vollzeitäquivalente in den letzten 5 Jahren um 5 bis 11 Prozent, der Personalaufwand um 10 bis 15 Prozent. Die Bevölkerung der Stadt Zürich stieg im gleichen Zeitraum um lediglich 3 Prozent. Das zweite Beispiel betrifft die zu Beginn des Geschäftsberichts erwähnten Strategieschwerpunkte der Jahre 2022–2026. Wir fragten nach, wer im Sounding Board dieser Strategieschwerpunkte vertreten ist: Zwei Umweltprofessoren, zwei Personen aus der Architekturwelt, eine Klimaforscherin, eine Person eines Think Tanks, jemand aus der Soziokultur, je eine Vertretung der Caritas und der Pro Senectute und jemand von Google. Sie sehen, dass abgesehen von Google keine Vertreter aus der Wirtschaft oder von Arbeitgebenden, geschweige denn vom Finanzplatz vorhanden sind und auch niemand, der mit Infrastruktur oder Wohnen zu tun hat. Der Stadtrat scheint sich in einer «Bubble» zu befinden. Einzelne Äusserungen des Geschäftsberichts erinnern mehr an Behördenpropaganda, als an ehrliche Antworten. Mit Vielem, was die links-grüne Stadtratsmehrheit tut, sind wir Freisinnigen nicht einverstanden. Der Geschäftsbericht wird aber nicht vom Stadtrat, sondern von den über 30 000 Mitarbeitenden geschrieben. Darum stimmt die FDP trotzdem zu.

Mischa Schiwow (AL): Der dicke Geschäftsbericht zeugt von der qualitativ hochstehenden Arbeit der Stadtverwaltung. Er ist entlang der 9 Departemente und jeweils vordringenden Stadträte gegliedert. Das ist verständlich und trotzdem überraschend, da einem ganzheitlichen Denken im Weg stehend. Die im Jahr 2018 geforderte Reorganisation der Verwaltung führte lediglich zu einem Bericht, der wieder versorgt wurde. Im Vorwort der Stadtpräsidentin werden einige departementsübergreifende Themen behandelt: Der Ukraine-Krieg und der Klimaschutz sind die umfangreichsten Abschnitte. Die Hitzeerminderung, Velovorzugsrouten, bezahlbarer Wohnraum, Pflege und Betreuung und Mitwirkung werden ebenfalls kurz erwähnt. Eigentliche Ausführungen, wo die Stadt Zürich bei diesen steht, fehlen. Wo es Bruchstellen gibt, bei denen man hinschauen sollte oder wo es trotz positiver Bilanz noch Handlungsbedarf gäbe, wird ebenfalls nicht behandelt. Die Stadt leistet viel Gutes und riskiert, immer besser zu werden, für diejenigen, die sich Zürich leisten können. Das Thema Wohnen ist mir besonders wichtig: Es betrifft alle, doch es gibt Menschen, die es sich gut leisten können und Menschen, die deutlich unter dem Medianeinkommen von 8000 Franken verdienen und bei der willkürlichen Wohnungsverteilung leer ausgehen. Das sind jährlich tausende Menschen, die sich anders eine Bleibe suchen müssen. Es gibt keine Garantie, in Zürich leben zu können. Von diesen Problemen und individuellen Dramen ist im Geschäftsbericht in den Abschnitten «Stadtentwicklung», «Gemeinnütziges Wohnen» oder «Stiftung Alterswohnungen» wenig bis nichts zu finden, obwohl auch dafür konkrete Zahlen zu finden sein müssten. Im HBD sind unter dem Stichwort «Sozialräumliche Entwicklung» einige löbliche Absichten aufgelistet: Sie legen «das besondere Augenmerk auf die Themen Etablierung, Information und Einbezug der Betroffenen, sowie Rochadeangebote an die Bewohnenden zwecks Verbleib im Quartier». Es folgt kein Beispiel, in dem das gemacht



worden wäre. Aus meinem Bekanntenkreis kann ich einige Beispiele aufzählen, bei denen diesem Ziel nicht Folge geleistet wurde. Der Bericht soll aufzeigen, wo die Probleme weiterbestehen. Die AL-Fraktion enthält sich beim Geschäftsbericht.

Flurin Capaul (FDP): Drei Punkte möchte ich aufgreifen. Von uns wurden zum Thema «Flexdesks» Postulate eingereicht, sodass nicht jede einzelne Person einen Arbeitsplatz hat, sondern dass diese flexibel genutzt werden können. In einem Projekt des HBD wurde das mit einer Quote von 0,7 eingeführt, das ist tiefer als die vom Bund vorgeschlagene Zahl von 0,8. Das begrüßen wir. Diese Quote soll aber nicht auf die weiteren Arbeitsplätze übertragen werden, was schade ist. Ein weiteres Thema ist die Einführung und das Update von SAP S/4HANA. Es wurden verschiedenste Diskussionen geführt und Budgetnachträge gesprochen. Wenn man im Geschäftsbericht sucht, welche überflüssigen Prozesse dadurch eliminiert oder automatisiert, welche Eigenentwicklungen ersetzt wurden und was das finanziell bringt, ist die Antwort ernüchternd: Zum jetzigen Zeitpunkt seien diese Dinge nicht quantifizierbar, da noch Analysen fehlten. Mein persönliches Highlight ist das von der Stadt Zürich im Jahr 2019 als «Registered Trademark» registrierte Start-Up NIMMO, das steht für «Nachhaltige Immobilien». Es ist ein Nachhaltigkeitsbewertungssystem für Immobilienportfolien, das auf einem internationalen Bewertungssystem basiert, das von einem gemeinnützigen Verein an die Schweizer Baukultur angepasst wurde. Das soll als Start-Up weiterentwickelt werden, so dass es auch für kleinere Gemeinden als niederschwellige Lösung nutzbar wird, und dem Schweizer Markt zur Verfügung gestellt werden. Bei aller Liebe für geschäftliche Aktivitäten sind wir der Ansicht, dass es nicht sein kann, dass die Stadt so etwas entwickelt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Präsidentin Martina Zürcher (FDP); Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Nadia Huberson (SP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 14 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2022 (Beilage) wird genehmigt.



6 / 6

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. Juli 2023 gemäss Art. 37
der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat